

Die deutsche Rüstungsindustrie braucht eine Diät!

Wer hätte das vor einem Jahr gedacht? Auf das hehre Wahlversprechen der SPD, Waffenexporte in „Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden“, abzulehnen folgen nun Taten. Bereits im März stoppte die Bundesregierung Rüstungslieferungen nach Russland. Der Aufbau eines Gefechtsübungszentrums des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall muss dort jetzt ohne deutsche Hilfe beendet werden. Das ist vor allem eine Konsequenz des außenpolitischen Zerwürfnisses mit Moskau im Zuge der Ukraine-Krise. Die Entscheidung fügt sich möglicherweise aber auch in eine umfassendere Neuorientierung in der deutschen Rüstungsexportpolitik. Der Impuls geht vom federführenden Ressort in diesem Bereich aus, dem Wirtschaftsministerium. Dort hat Sigmar Gabriel Genehmigungen über Kriegswaffenlieferungen an Staaten außerhalb von NATO und EU zur Chefsache erklärt. Waffenexporte ins autoritär regierte Saudi-Arabien, in den letzten Jahren der wichtigste Empfänger in dieser Ländergruppe, sind jetzt keine Selbstverständlichkeit mehr. So untersagte das Ministerium offenbar die Ausfuhr von Zieloptiken für saudische Schützenpanzer. Und selbst der aus mehreren Ressorts bestehende Bundessicherheitsrat, der über besonders heikle Waffengeschäfte zu entscheiden hat, erteilte unlängst wohl zwei Dritteln aller Voranfragen aus der Rüstungsindustrie eine Absage.

Weniger Waffen an autoritäre Regimes?

Auch wenn es noch zu früh ist, eine nachhaltige Wende zu konstatieren: Der Vorstoß des Wirtschaftsministers stellt den mutigen Versuch dar, der tendenziell immer hemmungsloseren Genehmigungspraxis der letzten Jahre einen Riegel vorzuschieben. Das ist auch eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Parteivergangenheit, hatte doch bereits die Rot-Grüne Koalition unter anderem der Ausfuhr von Sturmgewehren nach Saudi-Arabien ihren Segen gegeben. Die Schwarz-Gelbe Regierung ging indes noch einen Schritt weiter, als sie den Export von Kampfpanzern und Panzerhaubitzen in das kleine Emirat Katar im Wert von fast zwei Milliarden Euro genehmigte. In nur einem Jahr – 2012 – erhielt Saudi-Arabien mehr Rüstungsgüter aus Deutschland als in den zehn Jahren davor zusammengenommen. Waffen gingen auch nach Indonesien, Angola und Algerien. So ist es kaum verwunderlich, dass der ehemalige Entwicklungsminister Dirk Niebel nach seinem Abgang umgehend bei der Rüstungsindustrie anheuerte.

Jetzt weht ein neuer Wind in Berlin. Zwar wird Saudi-Arabien wohl noch immer deutsche Patrouillenboote erhalten; doch gibt es Grund zur Hoffnung, dass zumindest die Ausfuhr landgestützter Waffensysteme an Staaten, die systematisch gegen die

KOMMENTAR

von

**DR. MARC VON
BOEMCKEN**

18. August 2014

WEITERE INFORMATIONEN:

SUSANNE HEINKE

LEITERIN PRESSE- UND
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
Tel.: 0228/911 96-44
E-Mail: pr@bicc.de

Menschenrechte verstoßen oder regionale Konflikt dynamiken anheizen, bald der Vergangenheit angehören. Unter ethischen Gesichtspunkten ist dies zweifellos richtig, das wird niemand ernsthaft bestreiten wollen. Dennoch regt sich allerorten Widerstand gegen Gabriels Initiative. CSU-Chef Horst Seehofer warf ihm eine Politik „ohne Konzeption und ohne klaren Kompass“ vor, ebenso wie Gewerkschaften und – natürlich – die Rüstungslobbyisten ihre Besorgnis äußerten. Aber was spricht denn dagegen, keine Waffen mehr an autoritäre Staaten und in Krisengebiete zu liefern?

Überkapazitäten in der Rüstungsindustrie

Um die Argumente der Gabriel-Kritiker nachzuvollziehen, macht es Sinn sich die Gesamtsituation der deutschen Rüstungsindustrie einmal vor Augen zu führen. Ihre primäre – wenn nicht im Grunde genommen einzige – Aufgabe ist es natürlich, die Bundeswehr bzw. gelegentlich auch die Streitkräfte der mit Deutschland verbündeten Staaten mit Waffen und Wehrmaterial auszustatten. Diesem Job kommt sie, denken wir an die vielen Beschaffungsskandale der letzten Jahre, mehr schlecht als recht nach. Das Hauptproblem ist aber ein anderes: Spätestens seit Ende des Kalten Krieges und der damit einhergehenden Abrüstung in Europa übersteigen ihre Produktionskapazitäten bei weitem das Niveau, das zur Erfüllung dieses Auftrags angemessen wäre. Daran änderten auch halbherzige Maßnahmen der Industriekonversion und Konsolidierung in den 1990er Jahren wenig. Im Zuge der jüngsten Euro-Krise, die viele europäische Regierungen dazu veranlasste, den Rotstift bei den Verteidigungshaushalten anzusetzen, traten diese Überkapazitäten noch offener zutage. Um sie zu erhalten sind Rüstungsunternehmen darauf angewiesen, den Großteil ihrer Produkte ins Ausland zu exportieren. Waren in der Vergangenheit vor allem NATO- und EU-Staaten die wichtigsten Empfänger, gewannen in letzter Zeit vor allem Ausfuhren in sogenannte „Drittstaaten“ an Bedeutung – vor allem in den krisengeplagten Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika, wo Einnahmen aus Öl- und Gasgeschäften die Militärausgaben stetig wachsen lassen.

Vor diesem Hintergrund lassen sich zwei grundsätzliche Argumente gegen Gabriel ins Feld führen, das eine sozio-ökonomischer, das andere politischer Natur. Erstens: In Folge einer restriktiveren Rüstungsexportpolitik schrumpft die wehrtechnische Industrie in erheblichem Maße und es gehen viele tausend Arbeitsplätze verloren. Und nicht nur das. Eine derart lädierte Industrie hätte, zweitens, Schwierigkeiten, ihrer ureigenen Aufgabe, also der Versorgung der Bundeswehr mit modernstem Kriegsgerät, nachzukommen. Alarmierend weisen Rüstungslobbyisten darauf hin, dass eine weitere Beschränkung deutscher Rüstungsexporte deshalb gar die Sicherheit der Bundesrepublik gefährden könne. Nehmen wir uns diese beiden alten Argumente, die in der gegenwärtigen Debatte immer wieder aus dem Hut gezaubert werden, einmal der Reihe nach vor.

Rüstungsexporte und Arbeitsplätze

Die Politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Rüstungsexport aus dem Jahr 2000, die im derzeit gültigen Koalitionsvertrag als „verbindlich“ anerkannt und übernommen werden, legen ausdrücklich fest, dass „beschäftigungspolitische“ Erwägungen

keinen Einfluss auf Entscheidungen über die Ausfuhr von Kriegswaffen haben dürfen. Angesichts der Exportabhängigkeit der Rüstungsindustrie ist die Angst vor drohenden Verlusten von Arbeitsplätzen aber durchaus begründet. Oder um es noch klarer zu formulieren: Wenn Gabriel sich mit seinen Vorstellungen durchsetzen sollte, dann können viele der derzeit noch rüstungsabhängig Beschäftigten ihren Hut nehmen. Immerhin reden wir hier von einer Branche mit insgesamt, je nachdem was alles dazugezählt wird, 80.000 bis 200.000 Angestellten. Man muss das Argument also ernst nehmen, keine Frage. Aber wie schlimm wird es wirklich? Eine unabhängige wirtschaftswissenschaftliche Analyse der wahrscheinlichen Opportunitätskosten einer restriktiveren Genehmigungspraxis steht bislang noch aus. Mutmaßlich handelt es sich bei der Mehrheit der Beschäftigten in der Rüstungsindustrie um hochqualifizierte Fachleute, seien dies Ingenieure, Maschinenbauer oder Elektronik- und Computerspezialisten. Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, dass viele in der zivilen Wirtschaft schnell einen neuen Arbeitsplatz finden. In schwierigen Fällen ist der Staat gefordert, individuell Betroffenen mit Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen unter die Arme zu greifen. Mit Blick auf die gesamte Volkswirtschaft hält sich der Schaden ohnehin in Grenzen, liegt der Anteil deutscher Kriegswaffenexporte am Gesamtexport doch gerade einmal im Promillebereich. Und die teils noch verbreitete Annahme, militärische Forschung und Entwicklung generierte gegenüber rein ziviler Forschung einen größeren Mehrwert für die Wirtschaft als Ganzes wurde bereits vor langer Zeit in zahlreichen wissenschaftlichen Studien widerlegt.

Wieviel Rüstungsindustrie braucht Deutschland?

Aber was ist mit dem sicherheitspolitischen Problem? Immer wieder pochen Militärs und Politiker auf die angebliche Notwendigkeit, mittels der rüstungsindustriellen Kapazitäten in Deutschland eine „Systemfähigkeit“ zu gewährleisten. Damit ist gemeint, dass die wesentlichen Komponenten eines Waffensystems der Bundeswehr in Deutschland hergestellt werden können und nicht etwa aus dem Ausland importiert werden müssen. Ohne eine ausgleichende staatliche Subventionierung bestimmter Betriebe muss man in der Tat davon ausgehen, dass eine deutliche Beschränkung von Rüstungsexporten diesen Anspruch untergraben könnte. Aber erneut stellt sich die Frage: Wäre das eigentlich so schlimm? Wäre dann womöglich wirklich unsere Sicherheit bedroht? Ein Blick in den Koalitionsvertrag lässt zumindest anderes vermuten. Demnach strebt die Regierung „einen immer engeren Verbund der europäischen Streitkräfte an, der sich zu einer parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee weiterentwickeln kann“. Wenn dies ernst gemeint ist, dann wäre auch die Frage der Systemfähigkeit nicht auf nationaler, sondern vor allem auf europäischer Ebene zu denken. Hier gibt es einen dringenden Handlungsbedarf. Von wenigen Ausnahmen abgesehen bleibt die europäische Rüstungsindustrie entlang nationaler Grenzen zerklüftet. Die Folge sind unnötige Duplizierungen. Wozu brauchen wir in Europa zum Beispiel sechs verschiedene Hersteller für Panzer? Europäische Systemfähigkeit kann mit einer sehr viel kleineren, konsolidierten Rüstungsindustrie im EU-Raum gewährleistet werden. Im Zuge einer derartigen Europäisierung von Waffenproduktion müssten wir aber auch darüber nachdenken, die Zuständigkeit über die Erteilung von

Ausfuhrgenehmigungen von nationalen Regierungen nach Brüssel zu übertragen.

Die Debatte über eine Systemfähigkeit, sei sie nun deutsch oder europäisch, kann überdies nicht von der Frage entkoppelt werden, welche Aufgaben die Bundeswehr bzw. eine wie auch immer geartete EU-Armee in der Zukunft erfüllen soll und welche Ausstattung sie zu diesem Zweck benötigt. Sicherheitspolitik und Streitkräftestrukturen dürfen sich nicht vor den Karren der Rüstungsindustrie spannen lassen; vielmehr brauchen wir eine Umstrukturierung der Industrie entlang politischer Vorgaben, die es zu großen Teilen noch auszuhandeln gilt. Die bestehende Abhängigkeit von Waffenexporten in Krisengebiete muss im Zuge eines derartigen Prozesses in jedem Fall beendet werden.

Öffentliche Auseinandersetzung um Waffenlieferungen notwendig

Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass alle Rüstungsexporte an nicht-europäische Abnehmer bzw. in Drittstaaten fortan zu untersagen wären. Vor nicht ganz zwei Jahren sinnierte die Bundeskanzlerin darüber, dass eine „Ertüchtigung“ von Streitkräften in sogenannten „fragilen“ Staaten durchaus Sinn machen könnte, schließlich würden diese so dazu befähigt, selbst in ihrem Land für Sicherheit zu sorgen. Rüstungsexporte als „Ausstattungshilfe“, so ein drittes Argument, könnten auch ein sehr direktes Instrument deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein.

Ganz aktuell stellt sich diese Frage in der brisanten Diskussion um mögliche Waffenlieferungen an die kurdische Peshmerga-Miliz, die sich im Nordirak dem blutigen Vormarsch der dschihadistischen Gruppierung „Islamischer Staat“ (IS) entgegenstemmt. Noch ist die Bundesregierung aus gutem Grund skeptisch. Waffen haben die unschöne Angewohnheit Kriege zu überdauern. Es ist kaum absehbar, in wessen Hände eine derartige Lieferung schlussendlich fällt, und für welche Zwecke sie dann eingesetzt wird. Hinzu kommt, dass eine Rüstungslieferung an nicht-staatliche Gruppen aus Sicht der Bundesregierung völkerrechtlich höchst problematisch ist. Entsprechen die im Internet kursierenden Videos vom Terror-Regime der IS aber der Realität, dann sollte die Option dennoch nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Diese und ähnliche Fälle verdienen eine transparente, öffentliche und eingehende Auseinandersetzung. Am Ende mag es tatsächlich Situationen geben, in denen eine „Ertüchtigung“ bestimmter Gruppen mit Gewaltmitteln gegenüber Passivität und Untätigkeit das kleinere Übel darstellen. Sie müssen jedoch die Ausnahme bleiben. Und keinesfalls dürfen sie als Rechtfertigung dafür herhalten, die Überkapazitäten in der Rüstungsindustrie künstlich am Leben zu erhalten.

Denn wie auch immer man es drehen und wenden mag: Unterm Strich spricht alles dafür, der deutschen Rüstungsindustrie eine drastische Schlankheitskur zu verordnen. Das Gebot der Stunde lautet Konversion. Gabriel hat in diesem Sinne weit mehr getan, als einfach eine Diskussion über das Für und Wider von Rüstungsexporten vom Zaun zu treten. Eine restriktivere Genehmigungspraxis stellt auch die längst überfällige Frage nach der künftigen Größe, Struktur und Ausrichtung der heimischen Waffenindustrie. Ihr müssen wir uns jetzt nüchtern stellen. Dabei dürfen wir uns nicht von den teils alarmistischen Argumenten der Rüstungslobby blenden lassen.